

elektronischer Bundesanzeiger

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Elektronischen Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.ebundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 29. April 2009
Rubrik: Aktiengesellschaften
Art der Bekanntmachung: Hauptversammlung
Veröffentlichungspflichtiger: Odeon Film AG, Berlin
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 090412025271
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlagsges. mbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



ODEON FILM AG

Berlin

ISIN: DE 0006853005

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am

**Donnerstag, den 11. Juni 2009,
um 12.00 Uhr**

Im
Adrema Hotel Berlin
Gotzkowskystraße 20/21, 10555 Berlin

stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

eingeladen.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des gebilligten Konzernabschlusses, des Lageberichts der Gesellschaft und des Konzerns, des Berichts des Aufsichtsrats und des erläuternden Berichts des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB für das Geschäftsjahr 2008**
2. **Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Geschäftsjahr 2008 amtierenden Mitgliedern des Vorstands Entlastung für diesen Zeitraum zu erteilen.
3. **Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Geschäftsjahr 2008 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung für diesen Zeitraum zu erteilen.
4. **Beschlussfassung über die Bestellung des Abschlussprüfers und Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009**
Der Aufsichtsrat schlägt vor, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Niederlassung München, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 zu bestellen.
5. **Änderung von § 7 Absatz 1 und 3 der Satzung sowie von § 10 der Satzung**
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die folgenden Beschlüsse zu fassen:
 - 5.1 § 7 Absatz 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:
„Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus drei Mitgliedern.“
 - 5.2 § 7 Absatz 3 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Solange die GFP Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Beteiligungs KG Aktionärin der Gesellschaft ist, hat sie das Recht, ein Mitglied ihrer Wahl in den Aufsichtsrat zu entsenden.“

5.3 § 10 Absatz 2 der Satzung wird aufgehoben.

5.4 § 10 Absatz 3 der Satzung wird zu § 10 Absatz 2 der Satzung.

6. Neuwahlen von Aufsichtsratsmitgliedern

Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben ihre Aufsichtsratsmandate zum Ablauf der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung niedergelegt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1 fünfter Fall, 101 Abs. 1 AktG, § 1 Abs. 1 Nr. 1 DrittelbG i.V.m. § 7 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft nach Eintragung der Satzungsänderung gemäß Tagesordnungspunkt 5.1 dieser Hauptversammlung im Handelsregister aus drei Mitgliedern der Aktionäre zusammen. Nach § 7 Abs. 3 der Satzung der Gesellschaft nach Eintragung der Satzungsänderung gemäß Tagesordnungspunkt 5.2 dieser Hauptversammlung im Handelsregister hat GFP Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Beteiligungs KG das Recht, ein Mitglied ihrer Wahl in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Die GFP Vermögensverwaltungs GmbH & Co. Beteiligungs KG hat von ihrem Entsendungsrecht gemäß § 7 Abs. 3 der Satzung in der derzeit gültigen Fassung Gebrauch gemacht und Herrn David Groenewold, Filmproduzent in Berlin für die Zeit nach Beendigung der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 beschließt, in den Aufsichtsrat entsandt.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, für die Zeit nach Beendigung der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2013 beschließt, folgende Personen zu Mitgliedern des Aufsichtsrats zu wählen:

1. Dipl.-Kfm. Gregor Kunz, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, persönlich haftender Gesellschafter der RöverBrönnner KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, Tätigkeitsschwerpunkte: Unternehmens- und Beteiligungskäufe, Private Equity

Herr Kunz ist Mitglied in folgenden gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien:

- Aufsichtsratsmitglied der MOLOGEN AG, Berlin
- Aufsichtsratsmitglied der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung eG, Berlin
- Beiratsmitglied der Berliner Volksbank e.G., Berlin
- Beiratsmitglied der GESTRIM Deutsche Fondsmanagement GmbH, Berlin

2. Dr. Matthias Lausen, Rechtsanwalt, Kanzlei Lausen Rechtsanwälte, München, Tätigkeitsschwerpunkte: Urheber- und Verlagsrecht, Software-Recht, Recht digitaler Medien, Film- und Rundfunkrecht

Herr Dr. Lausen ist derzeit in keinem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsrat oder vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremium Mitglied.

Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.

7. Beschlussfassung über die Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- (1) Die mit Beschluss der Hauptversammlung vom 19. Juni 2008 zu Punkt 5 der damaligen Tagesordnung erteilte Ermächtigung der Gesellschaft, bis zum Ablauf des 18. Dezember 2009 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der damaligen Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben und zu verwenden, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
- (2) Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu einer Summe von 10 % des derzeitigen Grundkapitals für die Gesellschaft zu erwerben; die Ermächtigung darf nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Der Erwerb kann nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Angebots erfolgen.

Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der Gegenwert den Mittelwert der Schlusskurse für die Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor dem Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Erfolgt der Erwerb der Aktien über ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Angebot, darf der gebotene Kaufpreis den Mittelwert der Schlusskurse für die Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung des Angebots (ohne Erwerbsnebenkosten) um nicht mehr als 20 % über- oder unterschreiten.

Ergeben sich nach der Ankündigung eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Angebots erhebliche Abweichungen des Kurses der Aktien der Gesellschaft, so kann das Angebot angepasst werden. In diesem Fall wird auf den Mittelwert der Schlusskurse für die Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor der öffentlichen Ankündigung der Anpassung abgestellt. Sofern ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Angebot überzeichnet ist, kann es nur nach Quoten angenommen werden. Eine bevorrechtigte Behandlung geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden. Das an alle Aktionäre gerichtete öffentliche Angebot kann weitere Bedingungen vorsehen.

- (3) Der Vorstand wird ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats in anderer Weise als über die Börse oder durch ein an alle Aktionäre gerichtetes Angebot wieder zu veräußern. In diesem Fall ist das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien ausgeschlossen. Der bar zu zahlende Kaufpreis, zu dem diese eigenen Aktien veräußert werden, darf den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft nicht wesentlich unterschreiten. Nicht wesentlich in diesem Sinne ist eine Unterschreitung, wenn der Veräußerungspreis bis zu 5 % unter dem Mittelwert der Schlusskurse für die Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Börsentage vor dem Tag der verbindlichen Vereinbarung der Veräußerung liegt. Die Anzahl der in dieser Weise veräußerten Aktien darf zusammen mit der Anzahl der neuen Aktien, die aufgrund gleichzeitig bestehender Ermächtigung aus genehmigtem Kapital unter Bezugsrechtsausschluss nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats als (Teil-)Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen einzusetzen; in diesem Fall ist das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien ausgeschlossen.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital nicht herabgesetzt wird, sondern sich der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand wird für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend anzupassen.

- (4) Sämtliche Ermächtigungen können einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmalig, die Ermächtigungen unter (2) und (3) Absatz 1 und 2 auch durch von der Gesellschaft abhängige Konzernunternehmen oder für ihre oder deren Rechnung durch Dritte ausgenutzt werden. Die vorgenannten Ermächtigungen enden mit Ablauf des 10. Dezember 2010.

Bericht des Vorstands an die Hauptversammlung gemäß §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 4 Satz 2 AktG zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Die Gesellschaft ist bereits durch Hauptversammlungsbeschluss vom 19. Juni 2008 nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb von eigenen Aktien ermächtigt worden. Diese Ermächtigung läuft am 18. Dezember 2009 aus. Der Beschlussvorschlag zu Tagesordnungspunkt 7 sieht deshalb vor, die bisherige Ermächtigung aufzuheben und die Gesellschaft erneut zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen. Die Ermächtigung ist auf einen Zeitraum von 18 Monaten beschränkt.

In der Ermächtigung wird der Vorstand auch ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund der Ermächtigung erworben werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf unterschiedliche Weise zu verwenden. So dürfen die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder aufgrund eines an alle Aktionäre gerichteten Angebots wieder veräußert oder ohne erneuten Hauptversammlungs-

beschluss eingezogen werden. Darüber hinaus gibt es zwei Fälle, in denen der Vorstand die eigenen Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts wieder veräußern kann:

Zum einen wird dem Vorstand die Möglichkeit zum Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG gegeben. Diese gesetzlich vorgesehene Möglichkeit des so genannten vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses versetzt die Gesellschaft in die Lage, kurzfristig günstige Börsensituationen auszunutzen, um dabei durch die marktnahe Preisfestsetzung einen möglichst hohen Ausgabebetrag und damit eine größtmögliche Stärkung der Eigenmittel zu erreichen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft auf diese Weise strategisch wichtige Investoren gewinnen und an die Gesellschaft binden. Im Hinblick auf die Begrenzung dieser Ermächtigung zur Veräußerung eigener Aktien auf 10 % des Grundkapitals und die Pflicht zur Festsetzung eines Veräußerungspreises, der den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft nicht wesentlich unterschreitet, sind die Vermögensinteressen der Aktionäre angemessen gewahrt.

Zum anderen soll dem Vorstand ermöglicht werden, eigene Aktien als Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen daran oder Unternehmensteilen als Akquisitionswährung einsetzen zu können. Hierdurch hat die Gesellschaft den notwendigen Handlungsspielraum, um bei sich bietenden Gelegenheiten zu Unternehmenszusammenschlüssen, zum Erwerb von Unternehmen, von Beteiligungen an Unternehmen oder Unternehmensteilen im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre schnell und flexibel reagieren zu können und bei Bedarf den Veräußerer an die Gesellschaft zu binden und dessen Know-how langfristig für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Der Vorstand wird bei der Feststellung der Bewertungsrelationen sicherstellen, dass die Interessen der Aktionäre und der Gesellschaft berücksichtigt werden. Der Wert der als Gegenleistung für Akquisitionsmaßnahmen hingeegebenen eigenen Aktien wird sich in der Regel am Börsenkurs für die Aktien der Gesellschaft orientieren. Eine schematische Anknüpfung an den Börsenkurs ist nicht vorgesehen, um insbesondere erzielte Verhandlungsergebnisse nicht durch Schwankungen des Börsenkurses in Frage zu stellen. Konkrete Erwerbsvorhaben, zu deren Durchführung eigene Aktien erworben und unter Bezugsrechtsausschluss wieder veräußert werden sollen, bestehen derzeit nicht.

Sämtliche Entscheidungen in diesem Zusammenhang trifft der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats, der die Entscheidungen auch daraufhin überprüfen wird, ob den Interessen der Aktionäre angemessen Rechnung getragen wird.

Teilnahmeberechtigung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihren Anteilsbesitz durch einen in Textform erstellten besonderen Nachweis eines zur Verwahrung von Wertpapieren in Deutschland zugelassenen Instituts nachgewiesen haben. Dieser Nachweis muss in deutscher Sprache verfasst sein und hat sich auf den Beginn des

21. Mai 2009

zu beziehen und muss der Gesellschaft bis spätestens am

04. Juni 2009

unter folgender Adresse zugehen:

Odeon Film AG
c/o DZ Bank AG
vertreten durch dwp bank, WASHV
Wildunger Str. 14
60487 Frankfurt am Main
Fax: ++49 (0)69 5099 1110

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären im Sinne von §§ 126, 127 AktG sowie sonstige Anfragen sind ausschließlich an folgende Adresse zu richten:

Odeon Film AG
Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin
Telefax: +49 (0)30 40055-131
hv2009@odeonfilm.de

Rechtzeitig, d.h. spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Hauptversammlung unter dieser Adresse eingegangene Gegenanträge und Wahlvorschläge werden im Internet unter www.odeonfilm.de/hauptversammlung_2009.php unverzüglich zugänglich gemacht. Anderweitig adressierte Anträge werden nicht berücksichtigt. Eventuelle Stellungnahmen der Verwaltung werden ebenfalls unter der genannten Internetadresse veröffentlicht.

Aktionäre, die ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung nicht persönlich ausüben möchten, können sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Vollmacht bedarf – vorbehaltlich des nachstehenden Satzes – der schriftlichen Form. Abweichungen von diesem Formerfordernis können möglich sein, sofern die Vollmacht an ein Kreditinstitut oder einen geschäftsmäßig Handelnden oder einen anderen Vollmachtsnehmer, der unter die Bestimmung des § 135 AktG fällt, erteilt wird. In diesen Fällen bitten wir, die Einzelheiten der Bevollmächtigung bei dem Kreditinstitut oder dem sonstigen vorstehend genannten Vollmachtsnehmer zu erfragen.

Aktionäre unserer Gesellschaft können einen von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter mit der Ausübung ihres Stimmrechts bevollmächtigen. Die Bevollmächtigung des Stimmrechtsvertreters muss schriftlich erfolgen und Weisungen zu jedem Punkt der Tagesordnung enthalten. Die Vollmacht und die Weisungen sollten spätestens mit Ablauf des 9. Juni 2009 im Original unter der Adresse

Odeon Film AG
HV-Organisation
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin

eingegangen sein. Formulare zur Vollmachten- und Weisungserteilung sind jeder Eintrittskarte beigelegt. Sie werden zudem auf Verlangen in Textform jeder stimmberechtigten Person übermittelt. Weitere Einzelheiten zur Bevollmächtigung des Stimmrechtsvertreters werden den Aktionären mit der Eintrittskarte zugesandt. Auch im Fall einer Bevollmächtigung des von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreters ist ein fristgerechter Zugang des Nachweises des Anteilsbesitzes nach den vorstehenden Bestimmungen erforderlich.

Gesamtzahl der Aktien und Stimmrechte im Zeitpunkt der Einberufung

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 7.923.530,00 und ist in 7.923.530 Stückaktien eingeteilt. Die Gesellschaft hält im Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung 85.050 eigene Aktien, aus denen der Gesellschaft keine Rechte, insbesondere keine Stimmrechte, zustehen. Zum Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung beläuft sich die Gesamtzahl der Aktien der Gesellschaft somit auf 7.923.530 und die Gesamtzahl der Stimmrechte auf 7.838.480.

Rechte der Aktionäre bezüglich der Teilnahme an der Hauptversammlung

Die Aktionäre sind unter bestimmten, im Aktiengesetz genannten Voraussetzungen berechtigt, eine Ergänzung der Tagesordnung zu verlangen. Sie haben darüber hinaus das Recht, unter den in dieser Hauptversammlungseinladung näher geregelten Voraussetzungen an der Hauptversammlung persönlich oder durch einen Vertreter teilzunehmen. Den Aktionären steht ferner innerhalb der durch Gesetz und Satzung gezogenen Grenzen das Recht zu, Auskunft zu den Gegenständen der Tagesordnung zu verlangen, Anträge zu den Gegenständen der Tagesordnung zu stellen sowie Ausführungen zu den Gegenständen der Tagesordnung und zur Gesellschaft zu machen, Anträge zum Verfahren zu stellen und ihre Stimme in der Hauptversammlung persönlich oder durch einen Vertreter abzugeben.

Berlin im April 2009

Der Vorstand

Odeon Film AG
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin
Telefon: +49 (0)30 40055-130
Telefax: +49 (0)30 40055-131